

Wohnungspolitik und lokale Demokratie als Gemeinschaftsaufgabe



Dr. Peter Kurz

70 Jahre vhw: vom Volksheimstättenwerk zum Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung

Der vhw wird in diesem Jahr 70 Jahre alt und zählt damit zu einem „geburtenstarken Jahrgang“, denn der Verband wurde 1946 – als „Deutsches Volksheimstättenwerk“ – gegründet, wie übrigens auch das Land Nordrhein-Westfalen,

die Technische Universität Berlin oder die Fischer-Chöre, um nur einige Institutionen zu nennen, die die Bundesrepublik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geprägt haben und noch prägen.

Noch vor zwanzig Jahren – also zum 50. Geburtstag des Verbandes – hat der Vorstandsvorsitzende Dieter Haack im Vorwort der Festschrift geschrieben: „Das Anliegen des Verbandes, möglichst vielen Bürgern zu angemessenen Bedingungen Eigentum an Haus und Grund zu verschaffen, ist heute genauso bedeutend wie zur Zeit seiner Gründung.“ Das war im Jahr 1996 und ist noch gar nicht so lange her. Und trotzdem hat in den Jahren nach diesem runden Geburtstag ein Paradigmenwechsel im vhw stattgefunden, der den Status des „Eigentums-erwerbs“ in den Hintergrund und die bürgerschaftliche Sicht in den Vordergrund gerückt hat. Die Perspektive ist dabei die gleiche geblieben, nämlich den Bürger als Akteur in den Mittelpunkt zu stellen, nur eben weniger als Besitzer von Wohneigentum, sondern vielmehr als Akteur in der Stadtentwicklung. Zu seinem 70. Geburtstag hat der vhw ein kleines Hör-Feature erstellen lassen, das sowohl die Verbandsgeschichte als auch den Wandel in der Verbandsausrichtung thematisiert. Dieses wird zum Verbandstag auf der Homepage des vhw freigeschaltet.

Wohnungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe

Im Jubiläumsjahr 2016 hat der vhw ein Verbandstagsthema gewählt, das seine Aktualität in den sieben Jahrzehnten des Verbandsbestehens nie eingebüßt hat: „Der Markt wird's schon richten? – Wohnungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe“, so der Titel der Veranstaltung am 17. November 2016 in Berlin. Er zeigt, dass die Herausforderungen, vor der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Themen Zuwanderung und Integration – stehen, nur gemeinsam bewältigt werden können. Vieles spricht in der gegenwärtigen Situation dafür, die Wohnungspolitik auf den Prüfstand zu stellen und gemeinsam die zen-

tralen Probleme der Stadtentwicklung anzugehen. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf das von Mitarbeitern des vhw und des Difu erstellte Papier für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik, das als Aufschlag für eine Diskussion und Standortbestimmung dienen soll (ab Seite 263).

Lokale Demokratie auf dem Prüfstand

Die vorliegende Ausgabe unserer Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ greift nun ein aktuelles Thema unserer Zeit auf, das ein wesentlicher Bestandteil der lokalen Demokratie und damit der Teilhabe an Fragen der Stadtentwicklung ist. Nicht erst seit den jüngsten Wahlerfolgen der AfD steht die repräsentative Demokratie – und damit auch ihre Vertreter in den Parlamenten – unter Druck. Auch die langen Diskussionen um „Stuttgart 21“ sowie Volks- und Bürgerentscheide auch in anderen Städten deuten auf eine zunehmende Bewegung in Richtung „Ablehnungsbeteiligung“ hin. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie wie Abstimmungen selbst wird (weltweit) zunehmend zur Beförderung populistischer Angriffe „auf das System“ eingesetzt. Beteiligung kann eine Antwort sein. Unreflektiert eingesetzt bürgt jedoch auch sie Risiken, etwa dass sich nur bestimmte Gruppen und Milieus dieses Instruments bedienen oder durch Widerstände in den gewählten Gremien Frustrationen und Vertrauensverlust erzeugt werden.

Im Interview ab Seite 239 betont meine Amtskollegin Charlotte Britz aus Saarbrücken, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft voraussichtlich eine noch wichtigere Rolle als heute spielen wird. Jedoch – und das unterstreiche ich an dieser Stelle bereits – gehe sie davon aus, dass wir neue Formen der Zusammenarbeit in den kommunalen Gremien, aber auch von Bürgerschaft, Rat und Verwaltung erreichen werden. Auch ich glaube, dass die Antworten zu Vertrauensverlust und sozialer Spaltung nicht allein in mehr Bürgerbeteiligung liegen, sondern vielmehr in der Gestaltung und Kommunikation von Politik selbst. Bei der Bürgerbeteiligung müssen wir darauf achten, dass das Vertrauen in demokratische Prozesse im besten Fall gestärkt wird und dass die Prozesse nicht ausgrenzen.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
und Verbandsratsvorsitzender des vhw